

Drum prüfe, wer sich bindet

Adobe schaltet seine Creative Cloud in Venezuela ab

Adobe sieht sich vom US-Präsidenten gezwungen, seinen Kunden in Venezuela Zugang zu hauseigenen Produkten zu entziehen. Ob und warum der Zwang besteht, ist fraglich, aber den Kunden hilft das wenig.

Von Sylvester Tremmel

Adobe hat angekündigt, seine Creative Cloud für venezolanische Kunden zu sperren. Bis zum 28. Oktober haben Adobe-Nutzer in Venezuela Zeit, ihre Daten zu exportieren. Danach sind nicht nur die diversen Cloud-Speicher des Konzerns nicht mehr verfügbar, sondern auch Abos für Creative-Cloud-Applikationen werden vor dem regulären Ablauf gekündigt. Einzig die Online-Plattform Behance hält den Betrieb aufrecht.

Die Kunden trifft das hart, denn Adobe bietet seine Software schon länger nicht mehr als Kaufversionen an. Apps wie PhotoShop, InDesign oder Lightroom lassen sich lediglich abonnieren. Nur solange das Abo läuft, gibt es Updates, Zugang zum Cloud-Speicher und ähnliches. Hinzu kommt, dass viele der Adobe-Programme proprietäre Dateiformate nutzen, die nur Software dieses Anbieters vollständig unterstützen. Bis Monatsende können Kunden zwar noch ihre Dateien aus der Cloud ziehen, aber sie werden häufig keine Software finden, mit der diese Dateien weiter nutzbar wären.

Der Grund für die Misere ist die Executive Order 13884 des US-Präsidenten Donald Trump. Diese Anweisung richtet sich an Venezolaner und da insbesondere an Unterstützer der Maduro-Regierung. Dieser kämpft seit Monaten mit dem Oppositionsführer Juan Guaidó um die



Bild: Ariana Cubillos/dpa

Regierungsanhänger protestieren gegen Trumps Wirtschaftssanktionen.

Macht im Land. Die USA und weitere westliche Staaten haben Guaidó als Staatschef anerkannt.

Konkret soll die Trump-Anweisung „fast alle Transaktionen und Services zwischen US-amerikanischen Firmen und Organisationen oder Personen in Venezuela“ unterbinden. Allerdings datiert sie von Anfang August, und es ist unklar, warum Adobe erst jetzt reagiert und wieso das Unternehmen den eigenen Kunden eine enge Frist setzt. Viele andere große Tech-Konzerne interpretieren die Anweisung offenbar anders und bieten ihre Services weiter auch in Venezuela an.

Geld zurück

Adobe sah sich zunächst nicht einmal in der Lage, Nutzern bereits gezahlte Abogebühren rückerstatten zu können. Im Prinzip wäre das konsequent, weil Rückerstattungen eben auch „Transaktionen“ sind. Trotzdem hat Adobe seine Haltung geändert: Man werde alle Gebühren am Ende des Monats zurückerstatten, die direkt an das Unternehmen für künftig nicht mehr nutzbare Lizenzen gezahlt wurden, teilte der Konzern mit. Man arbeite auch an einer solchen Möglichkeit für Partnerprogramme und Distributoren.

Es ist unklar, wie Adobe zu seiner Interpretation der Executive Order kommt, obwohl andere Konzerne sich anders verhalten. Möglicherweise gibt es tatsächlich technische oder organisatorische Gründe, die die Firma zu ihrem Verhalten zwingen. Eine diesbezügliche Anfrage von c't hat Adobe bis Redaktionsschluss nicht beantwortet.

(synt@ct.de) **ct**



Danke, Donald!

Ein Kommentar von Hartmut Gieselmann

Dear Donald, Jahrzehnte lang dominierten IT-Produkte aus dem Silicon Valley den Weltmarkt und bauten ihre Führung zu unangefochtenen Monopolen aus. Alternativen konnten allenfalls in Nischen gedeihen. Doch mit Deiner Order zeigst Du nun der ganzen Welt, dass auf Produkte Made in USA kein Verlass ist – insbesondere, wenn es sich um Angebote wie „Software as a Service“ handelt. Denn wenn diese per Präsidentenerlass über Nacht einfach abgeschaltet werden können, wird es jeder klar denkende Kunde künftig vermeiden, seine Existenz daran zu knüpfen. Dein Befehl schafft Versorgungslücken und schürt

die Bedenken, sich von Google, Adobe & Co. abhängig zu machen. Mittelfristig stimulierst Du so die Nachfrage nach Alternativen, die nicht aus den USA kommen – frag mal Huawei.

Konkurrenten aus Europa und China freuen sich darüber wie Bolle. Denn Du gibst Anwendern auf der ganzen Welt damit Hoffnung zurück: auf mehr Auswahl bei Betriebssystemen, Bildbearbeitung und Cloud-Diensten. Pass nur bloß auf, dass Dir kein Komitee für unamerikanische Umtriebe daraus einen Strick dreht, denn besser hätte auch ein Mitglied der fünften Kolonne die US-Wirtschaft nicht sabotieren können.